



Gas- und Energiekrise: Handlungsbedarf aus Sicht der Stahlindustrie

Positionspapier

September 2022



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Stand: 07.09.2022

Ausgangslage

Die Stahlindustrie betrachtet den drohenden Gasmangel infolge der ausbleibenden Lieferungen aus Russland mit großer Sorge. Wenn es zu einer Rationierung der Gasmengen kommen sollte, muss sichergestellt werden, dass die **Lieferketten so weit wie möglich intakt gehalten werden** und die Stahlindustrie weiter ihren Beitrag zur Versorgung der Industrie mit dem Basisgrundstoff Stahl erbringen kann.

Bereits jetzt stellen die dramatischen **Entwicklungen bei den Erdgas- und Strompreisen** energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie vor existentielle Herausforderungen. Aus der Krise droht für die Stahlindustrie eine erhebliche Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf den internationalen Märkten, sondern auch im innereuropäischen Wettbewerb. Dabei ist es auch von großer Bedeutung, welche Maßnahmen in anderen EU-Mitgliedstaaten ergriffen werden, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Zur Überbrückung dieser dramatischen Krise ist die Politik dringend gefordert, **Rahmenbedingungen zu schaffen**, mit denen ein ausreichendes Gasangebot und Anreize für Gaseinsparungen geschaffen und zugleich die Energiepreise schnell auf ein moderates und international ausreichend wettbewerbsfähiges Niveau geführt werden. Die vordringliche Aufgabe besteht darin, zu verhindern, dass die akute Krise zu dauerhaften Schäden an der industriellen Basis in Deutschland führt. Dazu muss der Dialog zwischen Politik und energieintensiven Industrien deutlich intensiviert werden.

Bedeutung des Erdgases in der Stahlindustrie

Die Stahlindustrie in Deutschland verbraucht 2,1 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr. Diese Menge macht 2,3 Prozent des gesamten Erdgasverbrauchs in Deutschland und rund 6 Prozent des industriellen Bedarfs aus. Sie entspricht etwa dem Bedarf der Bevölkerung von Berlin und München zusammen. Erdgas wird in der Stahlproduktion zur Erzeugung von Prozesswärme benötigt und ist dafür gegenwärtig unverzichtbar. Wie eine Studie von Prognos zeigt, führt ein Lieferausfall beim Erdgas in der Stahlindustrie im Branchenvergleich mit zu den höchsten Wertschöpfungsverlusten.

Die Stahlindustrie ist intensiv bestrebt, noch letzte verfügbare Maßnahmen zur Erdgaseinsparung zu ergreifen. Um Erdgas durch einen Fuel Switch zu ersetzen, bestehen jedoch derzeit, besonders im kurzfristigen Zeithorizont, praktisch keine Potenziale. Bei einer Erdgasrationierung wären daher Produktionsreduzierungen unvermeidbar. Ohne ausreichende Vorlaufzeiten und der Gewährleistung einer Mindestlast könnten dabei sogar irreversible Anlagenschäden drohen.

Tatsächlich haben die Stahlunternehmen ihre Potenziale bereits wesentlich ausgeschöpft und ihren Erdgaseinsatz seit dem vergangenen Jahr deutlich verringert. So konnte die Stahlindustrie im ersten Halbjahr ihren Erdgasverbrauch um insgesamt 14 Prozent (produktionsbereinigt -8,8 Prozent) gegenüber dem Vorjahreszeitraum senken. Die dabei eingesparten Gasmengen haben bereits geholfen oder helfen, die Speicher zu füllen und eine spätere Mangelsituation zu entlasten.

Der Einsatz von Strom und grünem Wasserstoff ist das Ziel im Rahmen der Transformation zu einer klimaneutralen Stahlproduktion; die Brenntechnologien sowie auch der grüne Wasserstoff selbst sind derzeit jedoch noch nicht verfügbar.

Drohende volkswirtschaftliche Auswirkungen der Gas- und Energiekrise

Durch Produktionsrückgänge infolge der Energiekrise und einer Erdgasrationierung drohen weitreichende volkswirtschaftliche Folgen:

- › Sie wären mit **Versorgungsengpässen für die stahlbasierten Lieferketten** verbunden, etwa der Automobilproduktion, der Verpackungsindustrie (insbesondere Lebensmittel), den Haushaltsgeräteherstellern sowie dem Maschinenbau oder der Bauindustrie.
- › Bei einer länger andauernden Gasmangellage mit entsprechend längerfristigen Produktionsstillständen könnten **Umstrukturierungen der Lieferketten und eine Verdrängung durch Importe** aus anderen Ländern die Folge sein, mit der Konsequenz von Anlagenschließungen und Auswirkungen auf Investitionen und Beschäftigung. Durch einen solchen Bruch in der Wertschöpfungskette gingen am Standort Deutschland langfristig entscheidende Vorteile durch die räumliche Nähe von Stahlerzeugern und -verarbeitern bezüglich Logistik und Innovationspartnerschaften verloren.
- › Zudem wäre die **Transformation zu einer klimaneutralen Stahlproduktion** gefährdet, die von Deutschland und der EU ausgehen muss, um Vorbildwirkung für den Rest der Welt zu entfalten.
- › Der Werkstoff Stahl und intakte Wertschöpfungsketten sind unverzichtbar für die **Resilienz der deutschen Volkswirtschaft**, gerade um kurzfristig die Versorgungsabhängigkeiten Deutschlands zu reduzieren, kritische Infrastrukturen zu errichten und zu schützen, die Aufrechterhaltung der sicheren Energieversorgung zu garantieren sowie die Klima- und Energiewende voranzutreiben. Ohne ihn lassen sich zum Beispiel der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien, Stromnetze, Pipelines und LNG-Häfen nicht realisieren bzw. instandhalten.

Politischer Handlungsbedarf

Insbesondere auf folgenden Feldern sieht die Stahlindustrie politischen Handlungsbedarf:

- › **Einsparziel:** Die Bundesnetzagentur rechnet in ihren Szenarien damit, dass eine Gaseinsparung von 20 Prozent erforderlich ist, um eine Gasmangellage zu verhindern. Aus Sicht der Stahlindustrie sollte daher diese Zielgröße gleichmäßig für alle Sektoren, von der Industrie bis zu den Privathaushalten, gesetzt werden, um solidarisch diese Anstrengung zu erbringen. Referenz dieser Einsparung sollten Vorjahreswerte, etwa der Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, sein, um sicherzustellen, dass Vorleistungen durch bereits erfolgte Einsparungen angerechnet werden. Eine unabdingbare Voraussetzung ist zudem die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise.
- › **Deckelung der Gaspreise:** Um einen marktlichen Anreiz zu setzen und zugleich verkraftbare Gaspreise zu sichern, schlägt die Stahlindustrie vor, den Gaspreis für 80 Prozent des Verbrauchs auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu deckeln. Für die restlichen 20 Prozent des Verbrauchs würden die Preissignale des Marktes in vollem Umfang wirken und so die erforderlichen Marktanreize zur Verbrauchsminderung um 20 Prozent setzen.
- › **Gasbeschaffungsumlage:** Die Gasbeschaffungsumlage darf für Gasversorger nicht zu einem Freibrief werden, beim Gaseinkauf keine Rücksicht mehr auf Kosten nehmen zu müssen. Zudem müssen die Hürden für die Inanspruchnahme deutlich höher gelegt werden. Sie sollte vergleichbar strengen Bedingungen unterliegen, wie dies für die Industrie im Energiekostendämpfungsprogramm der Fall ist, etwa das Vorliegen von Betriebsverlusten.

Die Gasbeschaffungsumlage sollte zur Reduzierung der Belastungen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Indem sie über den gesamten Gasverbrauch ermittelt wird, wird ihre Höhe minimiert. Von Industrieunternehmen an Spotmärkten beschafftes Erdgas darf jedoch nicht mit der Umlage beaufschlagt werden, da diese Mengen bereits zu den gleichen Preisen bezogen werden, die bei den Gasversorgern im Rahmen der Umlage als Mehrkosten der Ersatzbeschaffung ausgeglichen werden sollen. Dies ist eine ungerechtfertigte Doppelbelastung.

- › **Dämpfung der Strompreise:** Parallel zum Anstieg der Erdgaspreise erreichen auch die Strompreise Rekordniveaus, da die Erdgaskraftwerke in der Merit Order preissetzend sind. Dies führt zu unverhältnismäßig hohen und keinesfalls angemessenen Windfall Profits auch für jenen Anteil der Stromerzeugung, der nicht auf Erdgasbasis erfolgt und keinen vergleichbaren Brennstoffkostensteigerungen unterliegt. Wenn es nicht möglich ist, die gasbasierte Stromerzeugung vollständig zu verdrängen, muss die Preisfindung für einen Übergangszeitraum so justiert werden, dass einerseits die teilnehmenden Stromerzeuger weiterhin genügend Anreiz zur Stromerzeugung haben, und andererseits nicht einige wenige Kraftwerke das Preisniveau insgesamt extrem anheben.
- › Darüber hinaus muss die Einführung der politischen Rahmenbedingungen und Instrumente zur **Flankierung der Transformationsanstrengungen** der Unternehmen weiter intensiv vorangebracht und sogar beschleunigt werden, um noch schneller unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden. Erdgas wird für den Übergang zur Transformation weiterhin eine unverzichtbare Rolle spielen; daher muss intensiv an der Erschließung alternativer Bezugsquellen zu wettbewerbsfähigen Preisen gearbeitet werden.



Wirtschaftsvereinigung Stahl

Französische Straße 8
10117 Berlin

Fon +49 (0) 30 232556-0
Fax +49 (0) 30 232556-90

Mail info@wvstahl-online.de
Web www.stahl-online.de

LinkedIn www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl
Facebook www.facebook.com/stahlonline
Twitter www.twitter.com/stahl_online
YouTube www.youtube.com/stahlonline

Disclaimer

Es wird keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernommen. Die Inhalte dürfen nur zu rechtmäßigen Zwecken verwendet werden. Die Verwendung der Inhalte erfolgt in eigener Verantwortung des Verwenders.



Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Stand: 07.09.2022